



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Würdiges Gedenken der Novemberpogrome von 1938 - Der Landtag von Sachsen-Anhalt bekennt sich zum Gebot der historischen Verantwortung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest: die Pogrome gegen jüdische Mitbürger*innen, die vor 80 Jahren ihren menschenverachtenden Höhepunkt in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 mit der sogenannten Reichspogromnacht fanden, markieren einen entscheidenden Punkt jener Entwicklung, die in einzelnen Schritten von der Ausgrenzung und Marginalisierung jüdischer Mitbürger*innen zur millionenfachen fabrikmäßigen Ermordung von Menschen führte.
2. Der Landtag widerspricht allen Akteur*innen oder politischen Gruppierungen, die die Singularität dieses Menschheitsverbrechens in Abrede stellen oder dieses in anderer Form zu relativieren suchen.
3. Der Landtag bekennt sich dazu, aus diesem Teil der deutschen Geschichte verantwortliche Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen: Bereits ersten Schritten gruppenbezogener Ausgrenzung, Stigmatisierung oder Diskriminierung muss entschieden entgegen getreten werden. Artikel 1 und 3 Grundgesetz sind in diesem Zusammenhang als prioritäre Maxime politischen Handelns und Wirkens zu begreifen.

Begründung

„Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“ Mit diesen Worten illustrierte Victor Klemperer eine Teilantwort auf die Frage, wie aus einer zivilisierten Gesellschaft mit großem kulturellem Gut, schließlich die Gesellschaft werden konnte, die beispiellos für die fabrikmäßige Ermordung von mehreren Millionen Menschen verantwortlich war. Klemperers Satz bietet ebenso ein Stück Erklärung dafür, warum der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 aus Sicht der

(Ausgegeben am 17.10.2018)

NSDAP und ihrer Führung als nur sehr begrenzt erfolgreich bewertet werden konnte, dagegen die Novemberpogrome von 1938 vollends den Weg von der Entrechtung einer willkürlich stigmatisierten Menschengruppe hin zu deren physischer Vernichtung wies. Während 1933 die Gewalt der SA noch viele Menschen abschreckte, war 1938 bereits sehr viel des benannten Giftes tief in die Gesellschaft eingedrungen.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ Diese Mahnung des Shoah-Überlebenden Primo Levi gewinnt aktuell leider an Brisanz:

Wir müssen derzeit nicht allein einen Anstieg antisemitischer Straftaten konstatieren; sondern auch die Tatsache, dass Menschen jüdischen Glaubens oder Herkunft sich in Deutschland - wie auch in anderen europäischen Staaten - wieder bedroht fühlen und aus diesem Grunde wegziehen bzw. einen Wegzug erwägen. Zudem ist die Wiederbelebung einer NS-Rhetorik auszumachen, die immer unverhohlener und immer häufiger gesellschaftlichen Raum einzunehmen versucht. Gerade für die vergangenen Jahre müssen wir außerdem eine Vielzahl von Übergriffen auf Menschen bilanzieren, die als Geflüchtete in unser Land gekommen sind oder ihrem äußeren Anschein nach als „fremd“ wahrgenommen werden.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender